

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

10. – 12. März 2010

MdL Peter Ritter

TOP 30

Kommunen nicht im Regen stehen lassen – konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen einleiten
Drucksache 5/3279

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,
hätte die Fraktion DIE LINKE den vorliegenden Antrag nicht fristgemäß auf die heutige Tagesordnung gesetzt, dann hätten wir heute gemeinsam einen ähnlichen Antrag als Dringlichkeitsantrag behandeln müssen. Es ist nicht selbstverständlich, dass das Thema der kommunalen Finanzausstattung auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene zeitgleich diskutiert wird. Hier gibt es ganz offensichtlich Probleme, denen sich auch dieser Landtag nicht entziehen sollte.

Meine Damen und Herren, die Kommunen unseres Landes beklagen eine fehlende aufgabengerechte Finanzausstattung. Das ist nicht neu, seit der FAG-Novelle 2009 allerdings zunehmend dramatisch und politisch besorgniserregend. Ich zitiere den Vorsitzenden unseres Städte- und Gemeindetages, Dr. Dettmann: „Es besteht eine Gefahr für die demokratische Gestaltungskraft und die kommunale Selbstverwaltung.“ (SVZ, Bützower Zeitung, 26.02.2010) Herr Dr. Dettmann dürfte uns allen als verantwortungsbewusster Kommunalpolitiker bekannt sein.

Meine Damen und Herren, die vor wenigen Tagen auf Bundesebene eingesetzte Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen ist zunächst einmal ein deutlich sichtbares Symbol dafür, dass der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen ganz offensichtlich gescheitert ist. Auch wenn diese Kommission möglichst bald konkrete Ergebnisse vorlegen will, bleibt unsere Landespolitik in der Pflicht für eine ausreichende Finanzierung unserer Kommunen.

Meine Damen und Herren, Äußerungen aus den Reihen der Landesregierung in den letzten Tagen lassen aber daran zweifeln, dass sie sich dieser Pflicht gegenüber den Kommunen hinreichend bewusst ist.

Für den Innen- bzw. Kommunalminister veranschaulichen beispielsweise der Schuldenatlas der Kommunen bzw. die Rubikon-Daten, dass „die Haushaltskonsolidierung erfolgreich war und vielerorts zusätzliche Vorsorge für die Zukunft getroffen wurde“. (SVZ, 04.03.2010)

Herr Minister, unverantwortlich sind nicht die Rubikon-Daten; verantwortungslos wird es aber, mit Daten der Vergangenheit die Gegenwart zu schönen und die Zukunft zu verklären. Das geht dann offenbar selbst dem kommunalpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion, dem Kollegen Lenz, zu weit, wenn er sie, Herr Minister, in seiner Presseerklärung auf „den schwankenden finanziellen Boden der Gemeinden“ hinweisen muss.

Meine Damen und Herren, der Rubikon, um im Bilde zubleiben, wurde aber bereits mit der letzten FAG-Novelle deutlich überschritten. Wenn die Kommunen nach den drastischen Kürzungen der Finanzaufweisungen des Landes ein überraschend kräftiges Plus im Landesetat 2009 registrieren dürfen, dann, Frau Finanzministerin, müssen die Kommunen dies als Hohn und Spott und die FAG-Verhandlungen fast als Lug und Trug empfinden. Verantwortungsvolle Landespolitik sieht anders aus. Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, einen Teil des 2009 erwirtschafteten Überschusses den Kommunen zusätzlich und rasch zur Verfügung zu stellen. Zur haushaltsrechtlichen Umsetzung wird meine Kollegin Schwebs Ausführungen machen.

Frau Finanzministerin, Herr Innenminister, ich habe Ihnen zwar keine Ratschläge zu erteilen, empfehle Ihnen aber bei der Umsetzung des vorliegenden Antrages besonderen Elan an den Tag zu legen. Sowohl die nicht ganz transparenten FAG-Verhandlungsgrundlagen als auch die wenig hilfreichen Rubikon-Schlussfolgerungen haben kommunalpolitisches Vertrauen in die Landespolitik zerstört, und zwar parteiübergreifend und wohl auch nachhaltig.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in der Presse dann vor diesem Hintergrund von neu eröffneten Spielräumen von 40 bis 50 Millionen Euro für das Land berichten, die ohne Kreditaufnahme und ohne Bundeszuschüsse machbar und mit der Finanzministerin bereits besprochen seien, dann ist dies zunächst wohl ein etwas verfrühter Auftakt zum Landtagswahlkampf. Wenn aber der Landtag die Landesregierung mit dem vorliegenden Antrag auffordert, den Landtag über weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen zu unterrichten, dann bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, sich einen gewichtigen Teil dieser Unterrichtung für die von Ihnen entdeckten Spielräume reservieren zu lassen, insbesondere für die unmittelbare Stabilisierung der Kommunalfinanzen.

Meine Damen und Herren, zum dritten Antragspunkt bedarf es wohl keiner gesonderten Begründung. Soweit es der Landesregierung möglich ist, muss etwa ein weiteres sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz verhindert werden. Und das gehört dann auch zur Wahrheit in diesem Landtag. Man kann nicht durch auf Bundesebene beschlossene Steuergeschenke zunächst Löcher in die Kommunalhaushalte reißen und diese dann anschließend aus kommunaler Perspektive in Richtung Landespolitik beklagen. Im Interesse stabiler Kommunalfinanzen sollten entsprechende Begehrlichkeiten des Bundes künftig von diesem Landtag deutlich vernehmbar und einmütig abgewiesen werden. Und darauf sollte sich die Landesregierung ihrerseits verlassen können, auch von Seiten der demokratischen Opposition.